

Landesamt für Gesundheit und Soziales  
Referat II AbtL 1  
Turmstr. 21, Haus A,  
10559 Berlin

Tel.: 90229 - 3416  
Fax: 90229 - 3298

II AbtL 1 4636/ \_\_\_\_\_  
(wird vom Amt ausgefüllt)

### Antrag

von Hinterbliebenen auf Erteilung einer Rehabilitierungsbescheinigung nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG).

#### Vorbemerkung:

**Hinterbliebene im Sinne des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes sind der Ehegatte des Verfolgten, dessen Kinder, auch Kinder nichtehelicher Abstammung, sowie Stief- und Pflegekinder.**

Vom **Beruflichen Rehabilitierungsgesetz** (BerRehaG) werden **arbeitsrechtliche Eingriffe** in den Beruf oder eine berufsbezogene Ausbildung (z.B. Kündigung, Herabstufung, erzwungener Aufhebungsvertrag) erfasst, wenn es sich um Maßnahmen politischer Verfolgung handelt.

Bei **hoheitlichen Eingriffen** in den Beruf oder die Ausbildung (z.B. Entlassung bei den bewaffneten Organen, Exmatrikulation vom Studium, Entzug der Gewerbeerlaubnis) **muss zunächst das verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsverfahren** durchlaufen werden. Liegt die berufliche Benachteiligung in einer zu Unrecht erlittenen Freiheitsentziehung, muss vor der beruflichen Rehabilitation ein strafrechtliches Rehabilitierungs- oder Kassationsverfahren durchgeführt worden sein. Eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes reicht aus, wenn diese sich auf einen Gewahrsam in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone/DDR bezieht und vor dem Inkrafttreten des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (4.11.1992) beantragt worden ist oder wenn der Gewahrsam nicht Gegenstand eines Rehabilitierungsverfahrens sein kann (Internierung oder Verurteilung durch sowjetische Organe).

Nach dem Tod des unmittelbar von einer beruflichen Benachteiligung im Sinne des BerRehaG Betroffenen kann der Rehabilitierungsantrag von demjenigen gestellt werden, der ein rechtliches Interesse an der Rehabilitation des unmittelbar Betroffenen hat. Ein solches Interesse ist dann gegeben, wenn für Hinterbliebene bei Rehabilitation des Verfolgten ein Anspruch auf eine höhere Witwen- oder Waisenrente in Betracht kommt.

## Angaben zur Person des Antragstellers oder der Antragstellerin

Name:	Vorname:
Geburtsname:	Geburtsdatum:
ggf. weitere frühere Namen:	Geburtsort, Kreis, Land:
Jetziger Wohnort oder ständiger Aufenthaltsort (Straße, Postleitzahl, Wohnort):	
Verwandtschaftsverhältnis des Antragstellers/der Antragstellerin zum unmittelbar Betroffenen/Verfolgten/zur unmittelbar Betroffenen/Verfolgten Die/Der Verfolgte war mein/meine <input type="checkbox"/> Ehemann/Ehefrau <input type="checkbox"/> Vater/Mutter	

## Angaben zur Person desjenigen/derjenigen, der/die von der Verfolgungsmaßnahme betroffen war

Name:	Vorname:
Geburtsname:	Geburtsdatum:
Name zur Zeit der Schädigung:	Geburtsort, Kreis, Land:
Die/Der Verfolgte ist verstorben am: (Bitte Sterbeurkunde in beglaubigter Kopie beifügen.)	
Letzter Wohnsitz oder letzter ständiger Aufenthaltsort der/des Verfolgten (Straße, Wohnort, Postleitzahl)	

**Wichtiger Hinweis:**

Leistungen bzw. Folgeansprüche nach dem Gesetz sind ausgeschlossen,  
 - wenn der/die Verfolgte  
 gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in  
 schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil  
 anderer missbraucht hat (§ 4 BerRehaG).

Die folgenden Angaben zu den Fragen 1 bis 4 die die vorstehenden Ausschließungsgründe betref-  
 fen, sind freiwillig. Sie dienen der Vereinfachung des Verfahrens bei der Rehabilitierungsbehörde,  
 die vor einer Entscheidung die Ausschließungsgründe zu prüfen hat.

<p>1. War der/die Verfolgte als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter oder auf vergleichbare Weise für die Staatssicherheit in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR oder für das Arbeitsgebiet 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei tätig?</p> <p><input type="checkbox"/> Nein  <input type="checkbox"/> Ja (ausführliche Angaben über Art und Zeitraum der Mitarbeit auf gesondertem Blatt)</p>			
<p>2. War der/die Verfolgte in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR im Staatsapparat, in der SED oder in den Block-Parteien in leitender Funktion oder in Funktionen mit Entscheidungsbefugnis tätig?</p> <p><input type="checkbox"/> Nein, es wurden keine derartigen Funktionen ausgeübt  <input type="checkbox"/> Ja</p>			
<b>Zeitraum vom:</b>	<b>Zeitraum bis:</b>	<b>Staatliche Stelle/Partei:</b>	<b>Funktionen:</b>
<p>3. <b>Nur für Verfolgte zu beantworten, die vor dem 9. Mai 1927 geboren sind:</b></p> <p>a) War die/der Verfolgte während der NS-Zeit Mitarbeiter der Gestapo oder hatte sie/er Funktionen in der SS?</p> <p><input type="checkbox"/> Nein  <input type="checkbox"/> Ja (ausführliche Angaben über Art und Zeitraum der Mitarbeit/Funktion auf gesondertem Blatt)</p>			

4. War der/die Verfolgte während der NS-Zeit im Staatsapparat, in der NSDAP, der SA oder in vergleichbaren Organisationen, die der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Vorschub geleistet haben, in leitender Funktion oder in Funktionen mit Entscheidungsbefugnis tätig?

Nein

Ja

Zeitraum vom:	Zeitraum bis:	Partei/Organisation:	Funktionen:

5. Angaben zur Schul-/Berufsausbildung der/des Verfolgten  
(Bitte auch in den alten Bundesländern sowie im Ausland fortgesetzte Ausbildungen angeben.)

a) Allgemeine Schulbildung (z.B. POS):

vom:	bis:	Schultyp	in:

Abschluss:

ja

nein

Falls nein, letzte besuchte Klasse:

b) weiterführende Bildungseinrichtung, (z.B. EOS/Berufsausbildung mit Abitur):

vom:	bis:	Bildungseinrichtung:	in:

Abschluss:

ja

nein

Falls nein, letzte besuchte Klasse:

vom:	bis:	Bildungseinrichtung:	in:

Abschluss:

- ja
- nein

Falls nein, letzte besuchte Klasse:

**Hochschulreife:**

- ja
- nein

c) Ingenieur-, andere Fachschule (auch Fernstudium):

vom:	bis:	Bildungseinrichtung:	in:

Studienrichtung:

Abschluss:

- ja
- nein

Falls ja, Abschluss als:

vom:	bis:	Bildungseinrichtung:	in:

Studienrichtung:

Abschluss:

ja

nein

Falls ja, Abschluss als:

d) Universität/Hochschule (auch Fernstudium):

vom:

bis:

Hochschule:

in:

Studienrichtung:

Abschluss:

ja

nein

Falls ja, Abschluss als:

vom:

bis:

Hochschule:

in:

Studienrichtung:

Abschluss:

ja

nein

Falls ja, Abschluss als:

e) Berufsausbildung:

vom:	bis:	Ausbildungsstätte:	in:

Abschluss:

ja

nein

Falls ja, Abschluss als:

vom:	bis:	Ausbildungsstätte:	in:



Abschluss:

ja

nein

Falls ja, Abschluss als:

(Bitte Unterlagen über die Schul- und Berufsausbildung der Verfolgten oder des Verfolgten, wie z.B. Zeugnisse, in beglaubigter Fotokopie beifügen.)

## 6. Angaben zum beruflichen Werdegang der Verfolgten/des Verfolgten

Arbeitsstellen in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR:

Bitte die Seiten über Arbeitsrechts- und Sozialversicherungsverhältnisse der Verfolgten/des Verfolgten aus dem Sozialversicherungsausweis vollständig (einschließlich er Angaben zur Person der verfolgten/des Verfolgten) in beglaubigter Fotokopie beifügen. Falls der Sozialversicherungsausweis bei einer anderen Behörde vorliegt, füllen Sie bitte die Erklärung auf Seite 17 dieser Anlage aus.

Soweit Sozialversicherungsausweise nicht vorliegen (bitte begründen), sind folgende Angaben zu den Arbeitsstellen der Verfolgten/des Verfolgten erforderlich, die durch entsprechende Beweismittel (z.B. Arbeitsvertrag, Arbeitgeberzeugnis) zu belegen sind:

Zeitraum (Tag/Monat/Jahr):	vom:	bis:

Name und Sitz des Arbeitgebers/Unternehmers:	Haupterwerbszweck bzw. Funktion des Betriebes (ggf. der größeren Unternehmens- einheit:	Art der Tätigkeit (genaue Berufs- stellung):
<p>Wöchentliche Arbeitszeit: <span style="float: right;">Vollzeitbeschäftigung <input type="checkbox"/> ja</span></p> <p>Bei stundenweiser Beschäftigung ab 01.01.1950:</p> <p>tatsächliche Arbeitszeit in Stunden:</p> <p>vollbetriebliche Arbeitszeit pro Woche in Stunden:</p> <p>Erhöhter Beitragssatz zur bergbaulichen Versicherung:</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>		
<p>Nur für Beschäftigte im Bereich der Seeschifffahrt/Seefischerei:</p>		
Dienststelle/Dienstgrad:	Fahrtbereich:	Art und Größe des Schiffes:
<p>Angaben zu weiteren Arbeitsstellen - wie vorstehend - ggf. auf gesondertem Blatt, siehe Seite 14</p>		

Art der ausgeübten Tätigkeit, Arbeitsstelle und Branche  
zum Zeitpunkt des Beginns der Verfolgung:

Beginn:

Danach:

Zuletzt:

## 7. Angaben zur Verfolgungsmaßnahme

a) Worin bestand der Eingriff in den Beruf oder das berufsbezogene Ausbildungsverhältnis der/des Verfolgten, dem diese(r) in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR aus politischen Gründen ausgesetzt war? Wo fand der Eingriff statt?  
**(Bitte Beweismittel beifügen)**

b) Ist die berufliche Benachteiligung der/des Verfolgten auf

eine in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR zu Unrecht erlittene Freiheitsentziehung, deren Rechtsstaatswidrigkeit durch eine Rehabilitierungs-/Kassationsentscheidung festgestellt worden ist, zurückzuführen?

ja

nein

einen in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR erlittenen Gewahrsam, der nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) in einer Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG (Häftlingshilfegesetz) anerkannt worden ist, zurückzuführen?

ja

nein

eine hoheitliche Maßnahme, die nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz aufgehoben oder als rechtsstaatswidrig festgestellt worden ist, zurückzuführen?

ja

nein

(Bitte Ablichtung der Rehabilitierungs-/Kassationsentscheidung, der Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG (Häftlingshilfegesetz) oder des Bescheides über die verwaltungsrechtliche Rehabilitierung beifügen.)

Falls eines der o.g. Verfahren noch läuft:

Ein Antrag auf Rehabilitierung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) wurde gestellt am:

bei dem Gericht gestellt (bitte Namen des Gerichtes angeben):

Geben Sie das Aktenzeichen ein:

Ein Antrag auf Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) wurde bei folgender Behörde (Bitte Namen und wenn möglich Adresse der Behörde angeben) gestellt:

Geben Sie das Aktenzeichen ein:

Ein Antrag nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz wurde bei folgender Behörde gestellt (bitte Namen der Behörde eingeben):

Der Antrag wurde gestellt am (bitte Datum eingeben):

Geben Sie das Aktenzeichen ein:

**Hinweis:** Die Fragen Nr. 7.c) und 7.d) müssen Sie beantworten, wenn Frage Nr. 7.b) verneint wurde oder wenn über die in einer Rehabilitierungs-/Kassationsentscheidung oder Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG anerkannten Gewahrsamszeiten hinausgehende Verfolgungszeiten geltend gemacht werden.

c) Was waren die Gründe für die berufliche Benachteiligung der/des Verfolgten?

d) Warum hat es sich bei dieser Maßnahme Ihrer Ansicht nach um politische Verfolgung gehandelt?

e) Wie hat sich die Benachteiligung für den Verfolgten ausgewirkt? (z.B. Arbeitslosigkeit, Minderverdienst, sonstige Nachteile)

f) Wie lange dauerte die erhebliche berufliche Benachteiligung an?

vom:	bis:	Art des Nachteils:

## 8. Angaben für den Ausgleich von Nachteilen in der Rentenversicherung

**Hinweis:** Die Beantwortung der Fragen 8. a) bis 8. h) ist nur für Zeiträume erforderlich, für die eine politische Verfolgung geltend gemacht wird.

a) Versicherungsnummer der Rentenversicherung:

b) Hat die oder der Verfolgte während der Zeit der Verfolgung einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem angehört?

- ja
- nein

Nennen Sie das entsprechende Zusatz- oder Sonderversorgungssystem, wie z.B. Zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz; Freiwillige zusätzliche Altersversorgung für hauptamtliche Mitarbeiter des Staatsapparates; Sonderversorgung der Angehörigen der Nationalen Volksarmee; Sonderversorgung der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei, der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzugs:

c) Ist die/der Verfolgte wegen der Verfolgung aus einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem ausgeschieden?

- ja
- nein

Nennen Sie das entsprechende Zusatz- oder Sonderversorgungssystem:

d) War die oder der Verfolgte zu Beginn der Verfolgung

-bergbaulich versichert?

ja

nein

-in Einrichtungen des Gesundheits- oder Sozialwesens beschäftigt?

ja, als

nein

-bei der Deutschen Post beschäftigt?

ja, als

nein

-bei der Deutschen Reichsbahn beschäftigt?

ja, als

nein

-in Einrichtungen nach der Anordnung über die Berechnung von Renten der Sozialversicherung für bestimmte Gruppen von Werkträgern vom 12. April 1976 beschäftigt?

ja, als

nein

zu d): Bitte eine Bescheinigung der entsprechenden Einrichtung oder der Nachfolgeeinrichtung über Art und Dauer der Tätigkeit vorlegen.

e) Wurde ihre bzw. seine Berufsausbildung durch eine Verfolgungsmaßnahme abgebrochen oder unterbrochen?

ja

nein

Um welche Ausbildung handelte es sich?

Genaue Bezeichnung des Berufsziels:

Nennen Sie den genauen Zeitraum der Unterbrechung:

vom:

bis:

f) Wurde die bzw. der Verfolgte durch eine Verfolgungsmaßnahme nach erfolgter Zulassung an der Durchführung, Fortsetzung oder am Abschluss eines Studiums gehindert?

- ja
- nein

Genauere Bezeichnung des Studiums, Datum der Zulassung:

Wie lange dauerte das Studium laut Studienplan?

Genauere Bezeichnung des Berufsziels:

Im Falle der Unterbrechung: Nennen Sie den genauen Zeitraum der Unterbrechung:

vom:

bis:

g) War die bzw. der Verfolgte aufgrund einer Verfolgungsmaßnahme gehindert, ihren bzw. seinen erlernten Beruf auszuüben?

- ja
- nein

Wo wollte sie/er damals tätig sein?

(Bitte Bewerbungsschreiben oder ähnliches beifügen.)

h) Wurde auch bereits ihre bzw. seine Schulausbildung durch die Verfolgungsmaßnahme unterbrochen?

- ja
- nein

Um welche Schulausbildung handelte es sich?



Nennen Sie den genauen Zeitraum der Unterbrechung:

vom:

bis:

i) Ist wegen der beruflichen Benachteiligung, die Gegenstand dieses Antrags ist, bereits früher ein Antrag gestellt worden ? (Bitte Antragsdurchschriften, Bescheid(e), Beleg(e) beifügen.)

Ja, ein Verfahren zur Behebung des Nachteils ist bereits beantragt:

Antrag vom:

bei der Behörde:

Aktenzeichen:

ein Anspruch wurde abgelehnt durch Entscheidung des/der:

vom:

Nein, es wurde bisher kein Verfahren eingeleitet.

j) Legen Sie bitte für die im Antrag gemachten Angaben schriftliche Beweismittel vor. Sollten Sie keine schriftlichen Beweismittel haben, nennen Sie bitte Anschriften oder schriftliche Erklärungen von Zeugen, die Ihre Angaben bestätigen können.

Frage Nr:	Name und Vorname des Zeugen	Anschrift
Frage Nr:	Name und Vorname des Zeugen	Anschrift


Mir ist bekannt, dass ein begünstigender Bescheid zurückgenommen und eine gewährte Leistung zurückgefordert werden kann, wenn er/sie auf Angaben beruht, die der oder die Begünstigte vorsätzlich oder grob fahrlässig in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig gemacht hat, oder wenn nachträglich Ausschließungsgründe bekannt werden.

Die im Antrag erhobenen Angaben sind für die Bearbeitung Ihres Antrages nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz erforderlich.

---

Ort, Datum

Unterschrift



## Datenschutzerklärung

Im Rahmen Ihres Antrags auf Rehabilitierung werden im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) Ihre Stammdaten (Name, Geschlecht, Geburtsdatum, Anschrift (ab dem 18. Lebensjahr)), das zu Ihrem Fall gehörende Aktenzeichen und eine Information zum Vorliegen von Ausschließungsgründen in einer Datenbank elektronisch gespeichert.

Die Datenbank wird zur Registratur der Antragsvorgänge, zur Erstellung der Statistik, zur Erstellung von Schreiben und zum Abgleich des Vorliegens von Ausschließungsgründen innerhalb der verschiedenen Rehabilitierungsverfahren geführt.

Die Daten haben Sie uns entweder selbst mitgeteilt oder sie wurden uns vom Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv (BArch) übermittelt.

Rechtsgrundlagen für diese Datenverarbeitung sind:

- § 25a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)
- § 19 Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG),
- § 11 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)
- § 21 I Nr. 1, Nr. 7d Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG)

Außerdem besteht die Möglichkeit, dass Sie uns die Einwilligung dazu geben, auf der Grundlage Ihrer Stammdaten, Nachweise bei anderen Institutionen, die Unterlagen zu Ihrer Person aus der Zeit der ehemaligen DDR besitzen, zu ermitteln. Diese Einwilligung ist dann die Rechtsgrundlage für die Übermittlung Ihrer Stammdaten an eine solche Stelle.

Eine weitere Übermittlung oder Offenlegung der Daten erfolgt nicht.

Einblick in die Datenbank haben nur die zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Rehabilitierungsbehörde. Nur im Falle eines gerichtlichen Verfahrens erhalten auch die für die Prozessführung zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des LAGeSo Zugriff auf die Datenbank.

Die Datensätze in der Datenbank können aufgrund der Möglichkeit eines wiederholten Antrags auch z.B. durch Erben nach Wegfall der gesetzlichen Antragsfrist nicht gelöscht werden. Es werden behördliche Dokumentationspflichten bis zum Jahr 2080 - gemessen an der Lebenszeit potenzieller Antragsteller - prognostiziert.

Ihre Daten sind jedoch durch die technischen und organisatorischen Maßnahmen des Landes Berlin und des LAGeSo umfassend geschützt.

Sollten Sie ein Anliegen zum Datenschutz haben, können Sie sich als Verantwortlichen an den Leiter des Referats II B im LAGeSo (Telefonnummer: 030 - 90229/3416, Mailadresse: SED.UnBerG@lageso.Berlin.de, Dienstgebäude: Turmstraße 21 - Haus A, 10559 Berlin) oder an die Datenschutzbeauftragte (LAGeSo - ZSL DSB, Tel.: 030-90229-1209, Mailadresse: datenschutz@lageso.berlin.de) wenden.

Zum Schluss möchten wir Sie noch auf Ihre datenschutzrechtlichen Rechte hinweisen. Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen der europäischen Datenschutzgrundverordnung folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person verarbeiteten Daten.
- Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten zu Ihrer Person.
- Recht auf Löschung nicht (mehr) benötigter Daten zu Ihrer Person.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten zu Ihrer Person.
- Recht auf jederzeitigen Widerspruch gegen die Datenverarbeitung.
- Recht auf Ausschluss einer ausschließlich automatisierten Entscheidung.
- Recht jederzeit die Behörde der/des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit anzurufen.